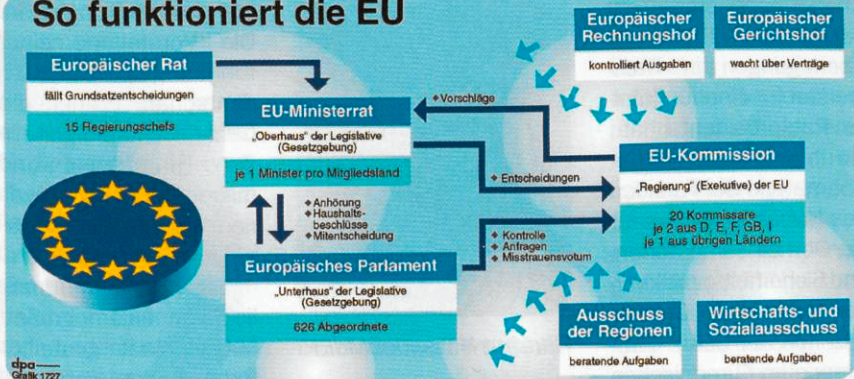


# UNION IN EUROPA

## CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Nummer 8 · 23. Mai 2002 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)

### So funktioniert die EU



## Für ein Europa der Bürger

NASSAUER GEGEN EU-DIREKTORIUM

Die Einführung einer fünfjährigen EU-Ratspräsidentschaft lehnt der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer, strikt ab. Die in diese Richtung gehenden Überlegungen aus Kreisen des Rates sehen unter anderem die Übernahme der Funktion des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch den Rat vor. Nassauer erklärte, Europa stehe nun am Scheideweg. Im Rat seien seit geraumer Zeit Bestrebungen zu erkennen, die Europäische Union zu einem Europa der Regierungen zurückzuentwickeln. Die EU müsse aber zum Europa der Bürger fortentwickelt werden.

Siehe Seite 2

### Inhalt

Hartmut Nassauer:  
Reform der EU  
Seite 2

Horst Schnellhardt:  
Lebensmittelsicherheit  
Seite 3

Kurz & bündig:  
Aus der EVP-ED-Fraktion  
Seite 5/6

Sabine Zissener:  
Jugendpolitik  
Seite 7

HARTMUT NASSAUER:

## Europa der Bürger statt Direktorium der Großen

**A**uf entschiedenen Widerstand stoßen im Europäischen Parlament Überlegungen in Ratskreisen für eine fünfjährige Ratspräsidentschaft, die unter anderem mit der Übernahme der Funktion des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verbunden sein soll. Der Vorsitzende der CDU/ CSU-Gruppe im Europäischen

Parlament, Hartmut Nassauer, erklärte, Europa stehe nun am Scheideweg. Im Rat seien seit geraumer Zeit Bestrebungen zu erkennen, die Europäische Union zu einem Europa der Regierungen zurückzuentwickeln. Tatsächlich müsse es aber darum gehen, die Union zu einem Europa der Bürger fortzubilden.

Die Ausübung staatlicher Zuständigkeiten in der Europäischen Union müsse demokratischer und rechtsstaatlicher Kontrolle unterworfen sein. Demzufolge müssten Gesetzgebung und exekutives Handeln von dem direkt gewählten Europäischen Parlament als Vertreter der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger maßgebend bestimmt werden. „Das Europäische Parlament und eine von diesem Parlament kontrollierte Europäische Kommission müssen als Gemeinschaftseinrichtungen dem Rat als Ver-



Hartmut Nassauer MdEP

treter der Mitgliedstaaten gleichgeordnet sein. Die Vorstellung einer fünfjährigen Ratspräsidentschaft drängt die Gemeinschaftsorgane in den Hintergrund und macht die Union zu einem Europa der Regierungen.“, so Nassauer.

Ein solcher mutmaßlich von einem großen Mitgliedstaat gestellter Ratspräsident werde we-

der von seinem eigenen nationalen Parlament noch vom Europäischen Parlament zu kontrollieren und damit der demokratischen Legitimation durch die Europäischen Bürgerinnen und Bürger völlig entrückt sein. Auch die Interessen der mittleren und kleinen Mitgliedstaaten kämen bei einer solchen Konstruktion unter die Räder.

Nassauer erwartet deshalb, dass sich nicht nur im Europäischen Parlament, sondern auch bei einer Reihe von Mitgliedstaaten Widerstand gegen ein Ratsmodell regen werde, das unübersehbar ein Direktorium der Großen zu sein verspreche. Er fordert daher Kommissionspräsident Prodi auf, in der von der Kommission für den Konvent angekündigten Stellungnahme allen Direktoriumsgelüsten im Rat eine deutliche Absage zu erteilen.

HORST SCHNELLHARDT:

## Lebensmittelsicherheit vom Bauernhof bis zur Ladentheke

MEHR SICHERHEIT FÜR DIE VERBRAUCHER IN DER EU

**M**it der Zustimmung des Europäischen Parlamentes zu zwei Verordnungen über Lebensmittelsicherheit wurde ein Rahmen geschaffen für die Herstellung von sicheren und gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der gesamten Europäischen Union vom Bauernhof bis zur Ladentheke. Das neue legislative Konzept in Form von Verordnungen beinhaltet ein Lebensmittelrecht mit einheitlichen Definitionen und Prinzipien, das:

- vom Lebensmittelunternehmer leichter angewendet werden kann
- einen Informationsaustausch zwischen den einzelnen Produktionsstufen ermöglicht
- den Ansprüchen des Binnenmarktes entspricht
- die Verantwortung der Lebensmittelunternehmen für sichere Lebensmittel erhöht
- der amtlichen Kontrolle die Kontrolltätigkeit erleichtert und die
- Durchsetzung der administrativen Maßnahmen garantiert.

Die Zusammenfassung der bisher 17 Richtlinien zu vier Verordnungen



Dr. H. Schnellhardt MdEP

führt zu einer notwendigen schärferen Grenzziehung zwischen den Bereichen Lebensmittelhygiene, Tierseuchenrecht, amtlicher Lebensmittelkontrolle und somit zu einer anwenderfreundlichen Gesetzesgrundlage. Der innergemeinschaftliche Handel mit Lebensmitteln kann somit durch einzelstaatliche Regelungen,

die bisher mehr der Abschottung des eigenen Marktes dienten als der Lebensmittelsicherheit, auf Grundlage dieser Gesetzgebung nicht mehr behindert werden. Durch die gesamten Verordnungsvorschläge zieht sich wie ein roter Faden die Betonung der primären Verantwortlichkeit der Lebensmittelhersteller für die Sicherheit der von ihnen in Verkehr gebrachten Lebensmittel. Nicht zuletzt die BSE-Krise hat offenbart, dass es bisher versäumt wurde, der landwirtschaftlichen Primärproduktion die gleiche Verantwortung zu übertragen, wie sie entlang der Herstellungskette schon längst üblich ist. Dieses neue Kapitel enthält Empfehlungen für gute landwirtschaftliche Praxis und die Verpflichtung zu schriftlichen Aufzeichnungen zu Arbeitsmethoden und Maßnahmen zur Risikoabwehr. Dadurch können die Ursa-

chen während der Herstellung auftretender Gefahren leichter erkannt werden. Ebenfalls ist ein ständiger Informationsfluss z.B. zwischen den Schlachtbetrieben und der Landwirtschaft vorgesehen. Das Parlament hielt allerdings die bisherige Kennzeichnung der Produkte zur Gewährleistung der Rückverfolgbarkeit für ausreichend und lehnte eine neue, von der Kommission vorgeschlagenen Kennzeichnung ab.

### Flexibilität erhalten

Die Lebensmittelproduktion innerhalb der EU ist sehr vielfältig. Es ist notwendig, dass die Verordnungen ein gewisses Maß an Flexibilität ermöglichen. Deshalb können Ausnahmen von den Bestimmungen beantragt werden von Regionen in geografisch schwieriger Lage und mit Versorgungsschwierigkeiten, für traditionelle Produkte und bei der Belieferung lokaler Märkte.

Die Kommission wünschte großzü-

gige Regelungen zur Änderung der Verordnungen nach deren Verabschiedung im Verfahren der Komitologie. Dieses lehnte das Parlament ab, insbesondere zum Erhalt einer einheitlichen Gesetzgebung in der EU.

Das Parlament gestaltete das Kapitel „Jagd“ völlig neu. Es sollte akzeptiert werden, dass es hier nationale Besonderheiten gibt, dass sich Traditionen entwickelt haben, die bei den Vorschlägen Berücksichtigung finden müssen. Für die Jagd in Deutschland treten somit keine Veränderungen auf und trotzdem wird in ganz Europa gesundheitlich unbedenkliches Wildfleisch garantiert.

Die vorliegenden Verordnungen sind insgesamt eine gute Grundlage für mehr Lebensmittelsicherheit in Europa.

*Dr. Horst Schnellhardt (CDU Sachsen-Anhalt) ist Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments.*

## Auswahlverfahren im Europäischen Parlament

Deutschlands Zukunft liegt in Europa - es versteht sich daher von selbst, dass Deutschland in den Institutionen der Europäischen Union, vor allem in Kommission und Parlament, angemessen vertreten sein muss, um seine berechtigten Interessen auf der Europäischen Ebene wirkungsvoll wahrnehmen zu können.

Das Europäische Parlament wird in Kürze ein Auswahlverfahren für deutschsprachige Verwaltungsräte mit Hochschulstudium und für Verwaltungsräte mit juristischer Ausbildung veranstalten. Bewerber sollten neben ihrer Muttersprache mindestens eine europäische Fremdsprache beherrschen.

Die Ausschreibung wird voraussichtlich am 23.05.2002 erfolgen.

Interessenten finden dann weitere Informationen unter:

**[http://europa.eu.int/comm/recruitment/calendrier\\_en.htm#Administrator](http://europa.eu.int/comm/recruitment/calendrier_en.htm#Administrator)**

**[http://europa.eu.int/comm/recruitment/publies\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/recruitment/publies_en.htm)**

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Merz und Pöttering: klares Bekenntnis zum Stabilitätspakt in Europa

Die Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Friedrich Merz**, und der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**, haben sich für ein unbedingtes Festhalten am Europäischen Stabilitätspakt ausgesprochen.

Angesichts einer aufkommenden Debatte über die künftige Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland wie auch in der Europäischen Union erklärten beide, wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel bleibe die Sicherung der Stabilität der Europäischen Währung; das gelte auch für die Zeit nach dem Regierungswechsel in Deutschland im September. Die Berliner Unionsfraktion wisse sich in dieser Forderung einig mit der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament sowie den nationalen Partnerfraktionen in den Mitgliedstaaten der EU. Aus den Reihen der Mitgliedsparteien der EVP werde inzwischen die Mehrheit der Regierungen der 15 EU-Mitgliedsstaaten gestellt.

### ■ Union und Mitgliedstaaten definieren ihre Rolle neu

In der vergangenen Sitzungswoche des Europäischen Parlaments wurde ein Bericht über die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten angenommen. Berichterstatter **Alain Lamassoure** entwarf den Beitrag des

Parlaments zu den Arbeiten des Konvents zur Zukunft Europas.

Lamassoure erklärte nach der Abstimmung, dass zum ersten Mal seit den Römischen Verträgen ein konkreter Vorschlag zur Neudefinition der Rollen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten vorliege.

Er unterstützt eine regelrechte Neuformulierung der Verträge mit dem Ziel der Vereinfachung und klareren Gestaltung, so dass alle Bürger sie verstehen können, und bemüht sich dabei um eine klare Unterscheidung zwischen drei Kategorien von Zuständigkeiten, und zwar jenen der Mitgliedstaaten, jenen der Union und den gemeinsamen Zuständigkeiten. Die Mitgliedstaaten sollten auch dafür Sorge tragen, dass sich ihre verschiedenen Regionen eingehender mit der Arbeit und den Vorhaben der Europäischen Union vertraut machen.

Nach Auffassung von Lamassoure werde dieser Bericht somit für die Mitglieder des Konvents das erste Arbeitsdokument sein, mit dem sie sich eingehend auseinandersetzen könnten.

### ■ EU stärkt Beziehungen zu Lateinamerika

Nach Auffassung der EVP-ED-Fraktion sollte die Europäische Union eine führende Rolle in den Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas übernehmen. Das zweite Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Länder beider Regionen, das in Madrid statt-

finden wird, bietet die einmalige Gelegenheit, die Schaffung eines Globalen Assoziationsabkommens zur Regelung der politischen, sozialen und kulturellen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regionen zu fördern.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **José Ignacio Salafranca** (E) brachte während der Aussprache des Parlaments über die Zielsetzungen dieses Gipfels damit die Hauptforderung zum Ausdruck. Die EU müsse in Madrid beweisen, dass sie den Willen besitzt, den politischen Dialog mit Lateinamerika zu verbessern.

Die EU habe im Vergleich zu den USA mehr Vorteile, da sie über eine Vielzahl von historischen, politischen und kulturellen Wurzeln und über die 1999 geschaffenen Beziehungen verfüge, die auf dem ersten Gipfeltreffen EU-Lateinamerika in Rio geknüpft wurden. Während die USA überwiegend mit der Schaffung einer Freihandelszone bis 2005 befasst sei, müsse und könne die EU etwas anderes hinzufügen, ohne dabei das wirtschaftliche Potenzial zu vernachlässigen - was sich in den bereits mit Mexiko und Chile geschlossenen Abkommen und in den Verhandlungen mit den MERCOSUR-Staaten gezeigt habe.

#### ■ **Gipfeltreffen EU-Russland: Stärkere Beziehungen**

In seiner gemeinsamen Entschliessung zum Gipfeltreffen EU-Russland begrüßte das Europäische Parlament die Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit Russland und brachte seine Entschlossenheit zum Ausdruck, den Schwung beim Aufbau zu nutzen, um die Beziehungen zwischen der EU und der

Russischen Föderation zu verstärken.

Die Entschlossenheit, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) und die jeweiligen Strategien zugunsten von Sicherheit und Stabilität in Europa umzusetzen, sind für beide Partner von vorrangigem Interesse. Die Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraums verlangt von beiden Seiten eine wirksamere Inanspruchnahme der Vermittlungsverfahren des PKA, um den Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen zu beschleunigen. Das Parlament brachte auch zum Ausdruck, dass es den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation weiterhin unterstütze.

Auf der anderen Seite bedaure das Europäische Parlament die zunehmende Verschlechterung der Umweltsituation in Russland, das Fehlen eines Umweltministeriums in der neuen Regierung und die Verabschiedung von umweltfeindlichen Gesetzen wie zur Einfuhr von verbrauchten nuklearen Brennstoffen. Russland müsse deshalb umgehend das Kyoto-Protokoll ratifizieren und somit alle für seine Durchsetzung erforderlichen Maßnahmen in Gang setzen. Zudem bedaure es den Umstand, dass die neuen Bestimmungen hinsichtlich des Verhaltens der Kampftruppen während ihres Einsatzes in Tschetschenien nicht ausreichen, um Verletzungen der Menschenrechte durch das russische Militär zu verhindern. Der Rat und die Kommission sollten das Thema Tschetschenien als gesonderten Punkt weit oben auf der Tagesordnung behandeln und die russischen Behörden erneut auffordern, die Verhandlungen mit allen betroffenen Parteien wieder aufzunehmen.

SABINE ZISSENER:

## Neuer Aufschwung für die Jugend Europas

EU-KOMMISSION LEGT WEIßBUCH ZUR JUGENDPOLITIK VOR

**U**nter den Bürgern des erweiterten Europas werden 75 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren sein. Durch die sinkenden Geburtenraten und die gleichzeitig steigende Lebenserwartung altern unsere Gesellschaften. Zwischen 2000 und 2020 wird der Anteil der 65-bis-90-Jährigen an der Gesamtbevölkerung der EU auf 16 - 21% steigen, während der Anteil der 14-bis-24-Jährigen nur mehr 11% betragen wird. Diese quantitative Ungleichheit zwischen Jungen und Älteren wird die Beziehungen zwischen den Generationen auch in qualitativer Hinsicht verändern.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, ist es notwendig, dass sich unsere Gesellschaft diversifiziert - auf ethnischer, religiöser, sozialer und sprachlicher Ebene. Diese verstärkte Heterogenität erfordert aber auch entsprechende Begleitmaßnahmen vor allem für Jugendliche, um soziale Spannungen oder negative Auswirkungen auf die Bildungssysteme und den Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Das derzeitige System der europäischen Zusammenarbeit in Jugendfragen ist jedoch an seine Gren-



Sabine Zissener MdEP

zen gestoßen und wird den neuen Problemen, die es anzupacken gilt, nicht mehr gerecht. Dabei wissen wir alle, dass in die Jugend zu investieren bedeutet, in das zu investieren, was heute und in Zukunft den Reichtum unserer Gesellschaft ausmacht. Dementsprechend kündigte das Kommissionsmitglied

Viviane Reding anlässlich der Tagung des Rates „Jugend“ am 23.11.1999 an, dass die Europäische Kommission die Erarbeitung eines Weißbuchs zur Jugendpolitik plane, das den Weg für eine neuartige europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich weisen soll.

### Konsultationsprozess mit den Jugendlichen

Mit der Erarbeitung dieses Weißbuches haben alle Beteiligten Neuland betreten. In einem breiten Konsultationsprozess mit den Jugendlichen in Europa selbst, mit ihren Organisationen und mit Fachverbänden, Jugendforschern und nicht zuletzt mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten wur-

den die Positionen der Akteure der Jugendpolitik in Europa erhoben.

Die EU-Kommission hat im Rahmen des Konsultationsprozesses einige Tausend Jugendliche in Europa erreicht. In allen Mitgliedstaaten hat es auf nationaler und regionaler Ebene Jugendkonferenzen gegeben, in denen die Jugendlichen ihre Forderungen und Vorstellungen von einer europäischen Jugendpolitik formulieren konnten. Die Jugendlichen konnten zudem ihre Forderungen unmittelbar gegenüber der Europäischen Kommission und dem Europäischen Jugendministerrat vertreten.

Diese unkonventionellen und unmittlbarbaren Formen von Jugendbeteiligung sind nicht nur auf europäischer Ebene neu, sondern haben auch auf nationale Formen von Jugendbeteiligung ausgestrahlt. Dies ist der richtige Schritt auf einem richtigen Weg, denn Jugendpolitik - Politik für jungen Menschen - kann nicht ohne Jugendliche gemacht werden, sondern muss mit ihnen gemacht werden.

Die Diskussionen der Jugendlichen im Rahmen des Weißbuches haben gezeigt, dass es sich lohnt, neue Formen der Beteiligung zu suchen. Die Jugendlichen haben bewiesen, dass sie poli-

tisch mitarbeiten und mitbestimmen wollen, aber weniger bereit sind, dies über die traditionellen Vertretungsformen zu leisten. Sie wollen sich schnell, unbürokratisch und effektiv äußern können. Europa rückt immer näher zusammen - und ohne das Engagement der Jugendlichen hat Europa keine Zukunft. Es ist daher besonders wichtig, dass die europäische ebenso wie die nationale Jugendpolitik künftig verstärkt einen Beitrag zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei Jugendlichen, zur Erziehung zur Toleranz und Demokratie, zur Förderung der mündigen und aktiven Teilhabe von jungen Menschen in Politik und Gesellschaft sowie zur sozialen und beruflichen Integration junger Menschen in Europa leistet.

Das Weißbuch ist ein logischer Schritt für eine in die Zukunft weisende Jugendpolitik. Der Konsultationsprozess hat das enorme Potential der beteiligten Jugendlichen zur aktiven Mitgestaltung ihrer Zukunft in Europa deutlich gemacht. Wir sollten es nutzen!

*Sabine Zissener (CDU Rheinland-Pfalz) ist Mitglied im Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport des Europäischen Parlaments.*

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.